

# Stuttgart 21 stoppen



Extrablatt der SAV Stuttgart – März 2012 – gegen Spende

## Stadtzerstörung weiter bekämpfen

## Widerstand neu aufstellen

Die Räumung und Zerstörung des Schlossgartens ist eine Zäsur in der Auseinandersetzung um Stuttgart 21. Es ist die bislang größte Niederlage für uns. Nord- und Südflügel kann man wieder aufbauen. Die Parkbäume sind unwiederbringlich verloren. Die Stadt hat eine bleibende offene Wunde. Jeder gefällte Baum bedeutet noch mehr Kohlenstoffdioxid und noch mehr Feinstaub. Zahlreiche StuttgarterInnen, die bisher nicht aktiv waren gegen Stuttgart 21 begreifen durch die Wüste am Bahnhof erst jetzt das Ausmaß an Zerstörung. Bis zur Volksabstimmung wurde versprochen, dass Stuttgart 21 viele neue Wohnungen bringen würde. Jetzt hat Schuster den Vorstoß gemacht, diese Pläne zu kippen. Auf dem C1-Gelände zwischen Nordbahnhof- und Heilbronnerstraße soll die Duale Hochschule durch einen Neubau mit 60.000 Quadratmetern Geschossfläche Neubau angesiedelt werden. Auch wenn viele Menschen, die jetzt aufwachen, sich nicht gleich dem Widerstand anschließen, könnte es doch einen Stimmungsumschwung einleiten. Es wäre falsch, jetzt die Segel zu streichen und den Widerstand herunterzufahren oder einzustellen. Wir haben immer noch eine Chance das Austrocknen der anderen Parkbäume, die Grundwassermanipulation, die Zerstörung unserer Mineralquellen und das ganze Projekt zu stoppen. Nutzen wir sie!

Um die 5.000 sind am Samstag, den 18. Februar unter dem Motto „Ihr macht alles kaputt – uns nicht“ auf die Straße gegangen. Die Montagsdemos gehen weiter. Das zeigt, dass Bahn und Landesregierung auch mit vereinten Kräften unseren Widerstand nicht brechen können.

### Das Auf und Ab von Bewegungen

Keine Widerstandsbewegung nimmt einen geradlinigen Verlauf. Als in Wyhl im bitterkalten Februar 1975 der Bauplatz von der Polizei geräumt wurde, gab es eine große Demoralisierung im Widerstand. Viele hielten es für ausgeschlossen, dass das Projekt noch gestoppt werden könnte. Es kam zu einer Diskussion, in der ein Teil der Aktivisten auf eine erneute Besetzung orientierten und ein anderer auf die Wirkung legaler Proteste und gerichtlicher Klagen. Der radikalere Teil setzte sich durch. Die Bürgerinitiativen beschlossen die Zurückeroberung des Bauplatzes und setzten es in die Tat um.

Eine zweite Platzräumung wurde vom Staatsapparat generalstabsmäßig vorbereitet, aber nicht umgesetzt. Kein Politiker war bereit die Verantwortung für eine weitere gewaltsame Räumung



zu übernehmen. Der Polizeihauptkommissar, der den Einsatz leiten sollte, verweigerte den Einsatzbefehl. Ministerpräsident Filbinger zog aus der Platzbesetzung die korrekte Schlussfolgerung: „Wenn dieses Beispiel Schule macht, ist dieses Land nicht mehr regierbar“.

Ohne erneute Platzbesetzung wäre Wyhl gebaut worden. Darüber waren sich später alle Akteure des Widerstands einig. Die Wyhler waren ein kleines gallisches Dorf. Sie hatten keine Mehrheit im Land hinter sich. Hätte es 1975 eine Volksabstimmung gegeben zum Bau von AKWs, sie wäre gegen den Widerstand in Wyhl ausgegangen.

Bis Tschernobyl 1986 gab es bei allen Meinungsumfragen eine Mehrheit für Atomenergie. Diese Mehrheit glaubte Filbingers Aussage: „*Wenn Wyhl nicht gebaut wird, werden Ende des Jahrzehnts in Baden Württemberg die ersten Lichter ausgehen.*“

In Wackersdorf wurde 1986 eine riesige Schneise in den Taxöldener Forst geschlagen und unzählige Bäume dem Erdboden gleichgemacht. Das Gelände wurde mit einem unüberwindbaren Mehrfach-Zaun abgeschildert. Das war ein herber Rückschlag für den Widerstand. Trotzdem ging der Widerstand weiter. Durch den GAU in Tschernobyl bekam er mächtig Aufwind. 1989 wurde der Bau eingestellt.

Auch wir können davon ausgehen, dass beim Bau von Stuttgart 21 und durch die Ausweitung der kapitalistischen Krise auf Deutschland und die Region Stuttgart Katastrophen passieren, die uns mächtig Auftrieb geben werden. Der wirtschaftliche Niedergang wird dazu führen, dass Beschäftigte entlassen und ganze Betriebe geschlossen werden. Steuereintrübe werden zu Sozial-Kahlschlag führen. Neue Schichten werden gezwungen um ihre Existenz zu kämpfen. Das wird zu neuer Offenheit für unseren Widerstand gegen Stuttgart 21 führen und zu großen sozialen Bewegungen und Massenprotesten. Bis dahin müssen wir den Widerstand als Voraussetzung für einen schnellen Auftrieb aufrechterhalten und uns mit anderen Widerstands- und sozialen Bewegungen vernetzen.

## Vernetzung mit anderen Bewegungen

So wie Wyhl der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche Anti-AKW-Bewegung war, kann der Widerstand gegen S 21 der Ausgangspunkt für bundesweiten Widerstand gegen andere Großprojekte und gegen kapitalistischen Wahnsinn werden. Bereits jetzt bezieht sich der Widerstand gegen die dritte Landebahn in München, gegen den Fluglärm in Frankfurt sowie viele andere Bewegungen auf uns und fühlt sich von uns ermutigt. Es war gut, dass es bei einer Montagsdemo eine Liveschaltung mit der Mon-

tagsdemo gegen Fluglärm im Frankfurter Flughafen gab und bei einer anderen Demo Aktivisten von ihrem Besuch in Val di Susa und dem dortigen Widerstand gegen die Hochgeschwindigkeitsstrecke berichteten. Eine weitere Vernetzung des bundesweiten und internationalen Widerstands gegen ähnliche Großprojekte, ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch, gegenseitige Unterstützung und gemeinsame nationale und internationale Aktionstage sind Gold wert und sollten angestrebt werden. Ebenso eine Vernetzung mit der occupy-Bewegung und dem Widerstand gegen ACTA. Im Mai gibt es Proteste gegen das kapitalistische Krisenregime der EZB/EU/IWF-Troika: Am 15. Mai (dem ersten Jahrestag der Platzbesetzungen in Spanien) eine Kundgebung in Stuttgart, am 19. Mai eine internationale Großdemonstration in Frankfurt. Aktionsbündnis, Parkschützer und alle Gruppen des Widerstands gegen S 21 sollten dafür mitmobilisieren.

Ein zentraler Fehler der Bewegung bisher war, dass der Zusammenhang von Stuttgart 21 mit den realen Problemen der Masse der Bevölkerung nicht hergestellt wurde. Das wurde auch zum Nachteil für uns bei der Volksabstimmung. Viele Leute glauben, es gehe uns tatsächlich „nur um einen Bahnhof“. Wir müssen aufzeigen, dass zum Beispiel der Verkauf der LBBW-Wohnungen an die Heuschrecke Patrizia, die Unterfinanzierung der Krankenhäuser, fehlende Kitaplätze, die Energiepolitik, der Bau des Rosensteintunnels und Stuttgart 21 eine große Gemeinsamkeit haben. Es sind die gleichen Profitinteressen und die gleichen Gegner, die hinter allem stehen. Das sollte auch bei Montagsdemos und in unseren Materialien zum Ausdruck kommen. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens zur Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung sollten endlich bei einer Montagsdemo sprechen können und uns darüber aufklären, wie die Mehrheit im Gemeinderat uns durch ihre Art Stadtwerke erneut betrügt. Wir sollten uns mit den Tarifkämpfen im öffentlichen Dienst, in der Metallindustrie und anderen Branchen solidarisieren. Streikende könnten als Redner zu Montagsdemos eingeladen werden.

## Polizeigewalt im Susatal

Kurz nach der Räumung des Schlossgartens hat auch im Susatal die Auseinandersetzung einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 25. Februar gab es eine friedliche Riesendemonstration mit 70.000 bis 100.000 TeilnehmerInnen von Bussoleno nach Susa, aber im Anschluss daran schlug die Staatsmacht zu. Am Porta-Nuova-Bahnhof in Turin wurden heimreisende Demo-TeilnehmerInnen von hunderten Polizisten angegriffen und mit Tränengas beschossen. Viele wurden verletzt, einige am Kopf.

Am Morgen des 27. Februar wurde die Clarea-Mahnwache geräumt, von No-Tav-AktivistInnen gekauftes Land gewaltsam enteignet, um die Baustelle zu vergrößern. Dabei fiel der Aktivist Luca Abbà von einem Hochspannungsmasten und verletzte sich lebensgefährlich. Die Polizei ließ Luca 40 Minuten auf dem Boden liegen, bis sie einen Rettungswagen durchließ. Es gab Proteste im ganzen Land, im Susatal wurden Straßen blockiert, einschließlich einer Autobahn (die aber ohnehin nur ein die Landschaft verschandelndes Prestigeobjekt ist und kaum genutzt wird – außer von dem auf der Baustelle stationierten Polizei- und Militäreinheiten zum Schichtwechsel). Am Abend des 29. wurden die Blockaden mit Wasserwerfern, CS-Gas und Bulldozern gewaltsam geräumt. AktivistInnen wurden in Bussoleno und an-



deren Orten durch die Straßen gejagt, bis in Pizzerien und Bars verfolgt. Die Polizei schoss Tränengas in Wohnungen. Viele AktivistInnen wurden verletzt, unter anderem Nicoletta Dosio, Mitbegründerin der No-Tav-Bewegung und aktiv bei Controcorrente, der italienischen Schwesterorganisation der SAV.

Die Polizeigewalt zeigt, dass die italienische Technokraten-Regierung die No-Tav-Bewegung zerschlagen will, weil sie fürchtet, dass ihr Beispiel im ganzen Land den Widerstand gegen ihre Politik des Sozialkahlschlags ermutigen könnte. Aber bisher hat sie nur eine breite Solidarisierung erreicht. Am Abend des 1. März gab es wieder landesweit zahlreiche Proteste.

# S21 scheitert nicht an seinen Widersprüchen



Die SAV ist der Meinung, dass Stuttgart 21 nicht an seinen inneren Widersprüchen scheitern wird, auch wenn das einige Redner bei den Demos immer wieder glauben machen wollen. Wir können auch nicht darauf setzen, dass die Bahn keine Firmen findet für die Ausschreibungen. S 21 wird auch nicht an der Finanzierung scheitern. Am Beispiel Italien sehen wir, dass die Hochgeschwindigkeitsstrecke in Val di Susa weitergebaut werden soll, obwohl der Staat im Sozialbereich drakonische Kürzungen durchzieht. Wenn der Bau erst mal begonnen hat, werden uns Stadt und Land erzählen, dass man jetzt die offene Baustelle nicht einfach liegen lassen könne. Es müsse jetzt fertig gebaut werden. Notfalls müssen eben doch mehr Steuergelder fließen. Das Geld wird dann durch Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, durch Schließung von Schwimmbädern, Krankenhäusern, Streichungen in sozialen und kulturellen Bereichen und so weiter aufgetrieben. Die S-21-Mafia verteidigt mit allen Mitteln ihre Profitinteressen. Und Stuttgart 21 ist für die wirtschaftlich und politisch Mächtigen Präzedenzfall für die Durchsetzbarkeit von Großprojekte.

## Montagsdemos und Blockaden

Nach der Zerstörung des Mittleren Schlossgartens ist es noch wichtiger, dass die weiter aktiven Kräfte des Widerstands zusammenbleiben. Dafür erscheint es auch notwendig, dass neue demokratische Strukturen aufgebaut werden. Selbst wenn die Montagsdemos aufgrund von Demoralisierung noch mal an Beteiligung verlieren, ist es enorm wichtig sie aufrechtzuerhalten. Sie bilden immer noch das Rückgrat der Bewegung. Sie sind wöchentlicher Treffpunkt, ein Ort des Austausches, des Krafttankens, der Selbstvergewisserung und politischer Wochenmarkt. Es geht also hauptsächlich um die Innenwirkung der Montagsdemos. Das heißt



*Chancen für wen? Für Bevölkerung und Reisende – oder für Profite? IHK-Hauptgeschäftsführer Martin Keppler, Bahnchef Rüdiger Grube und IHK-Präsident Burkhard Thost (von links) sehen letzteres*

nicht, dass wir auf Außenwirkung verzichten sollen. Auch dabei können die Demos weiter eine wichtige Rolle spielen. Es sollte keine Weichenstellungen (beispielsweise bezüglich der Montagsdemos) geben, bevor der Ratschlag stattfindet und darüber diskutiert und entscheidet. Wir sollten ebenfalls diskutieren, wie wir in Zukunft effektive Baustellenblockaden organisieren können. Wobei es sinnvoll scheint, sich auf das Grundwassermanagement (GWM) zu konzentrieren, da es die zentrale Baustelle für die gesamte Baulogistik ist.

## Wahlbetrug der Grünen-SPD-Regierung an allen Fronten

„Der Wechsel beginnt“. So lautet der Titel des Koalitionsvertrags. „Die Zeit des Durchregierens von oben ist zu Ende. Gute Politik wächst von unten, echte Führungsstärke entspringt der Bereitschaft, zuzuhören. Für uns ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger eine Bereicherung“. „Mehr Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen“ soll laut Koalitionsvertrag eine der vier zentralen Aufgaben sein. Die Wirklichkeit zeigt: alles Lüge. Das zeigt sich nicht nur bei Stuttgart 21 sondern auch in anderen Bereichen.

### Beispiel 1: Kein Geld für Krankenhäuser

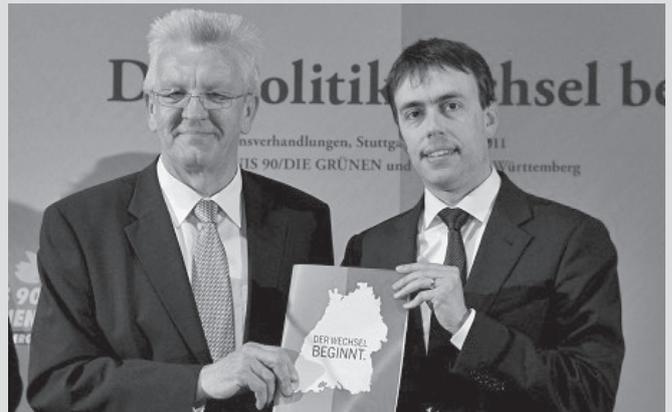
Es ist ganz klar gesetzlich geregelt, dass Bahn und Bund Bahnhöfe und Schienenstrecken, die Länder die Investitionskosten für Krankenhäuser finanzieren müssen. Was passiert? Das Land übernimmt 1,8 Milliarden für Stuttgart 21 und die Hochgeschwindigkeitsstrecke, kommt aber ihrem gesetzlichen Auftrag der Krankenhausfinanzierung nicht nach. Unter der Mappus-Regierung hat sich in den Krankenhäusern deshalb ein Investitionsstau von einer Milliarde Euro gebildet.

Immer mehr Krankenhäuser verlottern. Immer mehr Reparaturen an Gebäuden werden durch den Abbau von dringend benötigten Personalstellen finanziert. Dadurch herrscht in den Krankenhäusern medizinischer und pflegerischer Versorgungsnotstand sowie eine nicht hinnehmbare Überlastung des noch vorhandenen Personals. Darunter leiden Personal und Patienten.

SPD und Grüne hatten im Wahlkampf versprochen, den Investitionsstau bei Krankenhäusern schnell abzubauen und die Investitionsmittel von 300 Millionen auf 600 Millionen zu verdoppeln. Wenn jetzt im Haushaltsplan für 2012 keine Erhöhung der Investitionsmittel vorgesehen ist, ist das die Fortsetzung des Rechtsbruchs, ein Bruch von Wahlversprechen und des Koalitionsvertrags. „Wir halten an der dualen Krankenhausfinanzierung fest. Das heißt, die Übernahme der Investitionskosten bleibt in der Verantwortung des Landes“ So steht es auf Seite 47 im Koalitionsvertrag. Weiter wurde zugesagt „den über Jahre aufgelaufenen Investitionsstau sukzessive abtragen.“ Und jetzt passiert genau das Gegenteil. Angesichts der weiteren drastischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser wird das Projekt Stuttgart 21 noch absurder. Wie wäre wohl die Volksabstimmung ausgefallen, wenn SPD und Grüne den Wählern in Baden Württemberg vor der Abstimmung erklärt hätten, dass die Weiterfinanzierung des Projekts keinen Spielraum lässt, die Krankenhäuser im Land ordentlich zu finanzieren? Wie hätten die Wähler abgestimmt, wenn sie vor der Volksabstimmung erfahren hätten, dass aufgrund des durch S 21 bedingten Finanzdrucks weitere Krankenhäuser im Land geschlossen oder privatisiert werden?

### Beispiel 2: Verkauf der LBBW-Wohnungen

Die Landesregierung behauptet, der Verkauf der LBBW-Wohnungen erfolge wegen einer Auflage der EU. Das ist gelogen. Der meistbietende Verkauf der LBBW-Wohnungen erfolgt einzig und allein wegen der Milliardenverluste, die der LBBW-Vorstand durch Finanz- und Immobilienspekulationen verzoockt hat. Der Vorstand der LBBW-Bank ist genauso wie der Bahn-Vorstand eine kriminelle Vereinigung. Über die Bank haben der Ministerpräsident, der Finanzminister und die im Aufsichtsrat sitzenden Po-



litiker von CDU/FDP/SPD/Grünen die direkte Aufsicht. Sie sind Teil der völlig korrupten Bankstrukturen. Wie der Fall Wulff zeigt, bekommen Politiker und Reiche Sonderkonditionen bei Bankgeschäften mit der LBBW und ihren Tochtergesellschaften. Andererseits werden Mieter abgezockt und 2.500 Arbeitsplätze vernichtet. Um die fünf Milliarden Steuergelder sind für die Spekulationsverluste an die LBBW geflossen, davon 946 Millionen von der Stadt Stuttgart. Die LBBW ist mitverantwortlich für den Hungertod in der Welt. Mit ihrer Agrar-Safe-Anleihe wirbt sie bei ihren Kunden für Spekulation an den Agrarrohstoffmärkten. Mit dem zynischen Slogan „Erträge ernten“ verspricht sie einen Gewinn von 40 Prozent.

Im Dezember 2009 gab es wegen des Verdachts der Untreue eine Razzia beim LBBW-Vorstand. Seither ermittelt die Staatsanwaltschaft. Herausgekommen ist bisher nichts. Wie auch, wenn Herr Oberstaatsanwalt Häußler und seine Kollegen ihre Priorität auf die Verfolgung von S-21-Gegner setzen. Da bleibt für die wirklich Kriminellen im Land keine Zeit mehr. Der LBBW-Vorstand wird auch von der neuen Landesregierung und den neuen Aufsichtsräten gedeckt, obwohl sich inzwischen weitere dubiose Geschäfte und Korruptionsverdacht dazu gesellten. So ist es nicht verwunderlich, dass die LBBW-Wohnungen an die Heuschrecke Patrizia verkauft wurden. Einige Politiker aus CDU, SPD und Grünen vergießen darüber jetzt Krokodilstränen. Aber die Landesregierung und alle Parteienvertreter haben dem Verkauf zugestimmt. Schuster war bei der Aufsichtsratssitzung über den Beschluss gar nicht anwesend. Die gespielte Empörung der Stuttgarter CDU und SPD über den Verkauf der LBBW-Wohnung ist einzig und allein dem OB-Wahlkampf geschuldet.

In jedem Fall ist der Verkauf der LBBW-Wohnungen ein Verstoß gegen den Koalitionsvertrag, nach dem der Verkauf „sozial verantwortlich und mit dem Ziel nachhaltiger Bewirtschaftung“ sein sollte. Die betroffenen 21.500 Mieter wurden nicht gefragt. Die Verkaufsbedingungen, die sogenannte „Sozialcharta“, wird geheim gehalten. So sieht die von Grünen und SPD versprochene „Bürgerbeteiligung“ und „Transparenz“ aus. Es ist gut, dass sich am 6. März im Nordbahnhofviertel 200 LBBW-Mieter versammelt haben, um darüber zu diskutieren, sich durch eine Mieterinitiative gegen Wohnungsspekulation zur Wehr zu setzen. Der Ortsverband Bad Cannstatt der Linken, in dem SAV-Mitglieder eine führende Rolle spielen hat diese Versammlung aktiv unterstützt.



## „Nie wieder grün“

Am Tag vor der Volksabstimmung erklärte Verkehrsmi-  
nister Winfried Hermann bei einer Grußkundgebung am  
Nordflügel: „*Diese Projekt ist nichts für Baden-Württem-  
berg, sondern zum Schaden des ganzen Landes*“. Jetzt rich-  
ten die Grünen in der Landesregierung diesen Schaden mit  
an. Winfried Hermann verhält sich wie Jürgen Trittin. Der  
hatte im März 1997 noch an einer Castor-Blockade teilge-  
nommen und vier Jahre später als Bundesumweltminister  
Polizei gegen Castor-Gegner eingesetzt und erklärt: „*Gegen  
diese Transporte sollten Grüne in keiner Form – sitzend,  
stehend, singend, tanzend – demonstrieren*“.

Ein weiteres Beispiel ist Joschka Fischer. Er war in den  
70er Jahren in der militanten Frankfurter Hausbesetzerszene  
aktiv. Ein halbes Jahr nachdem die Grünen in den Bundestag  
gewählt worden waren, nahm Joschka Fischer am 24. Ok-  
tober 1983 zusammen mit anderen grünen Bundestagsabge-  
ordneten an der Blockade der US-Militärbasis in Frankfurt  
teil, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu protestieren.  
1998 wurde er Außenminister der Schröder-Regierung und  
sorgte dafür, dass sich die Bundeswehr mit der Kriegsbeitrei-  
gung am völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg zum ersten  
Mal seit dem zweiten Weltkrieg an einem Krieg beteiligte.

Und da gibt es noch einen Wölfler. Als Landtagsabgeordneter  
und Fraktionschef der Stuttgarter Grünen hat er sich 2010 und  
2011 selbst an Sitzblockaden gegen S 21 beteiligt. Seit August  
2011 ist er Verwaltungsbürgermeister. In dieser Funktion hat er  
am 15. Dezember 2011 die Polizei gerufen, als S-21-Gegner-  
Innen die Eingangstür zum Sitzungssaal blockierten, um da-  
gegen zu protestieren, dass mit dem neuen Haushalt der Stadt  
Stuttgart die Gelder für S 21 weiter laufen, während nicht ge-  
nug Geld da ist für Schulen, für Kliniken, Kinderbetreuung...

Wölfles Vorgänger als Bürgermeister, Klaus-Peter-Muraw-  
ski, wurde durch den Wahlerfolg der Grünen zum Chef der

Staatskanzlei befördert. In einem Interview mit der Stutt-  
garter Zeitung antwortete er am 2. Januar 2012 auf die Fra-  
ge, ob S 21 ein grünes Projekt werde: „*Aus städtebaulicher  
Sicht ist Ihre Frage eindeutig zu bejahen*“

### Volksabstimmung als Alibi für die Grünen

Es war von vornerein klar, dass die Grünen – genauso wie  
die SPD – die Volksabstimmung nutzen wollen, um dem Pro-  
jekt den Anstrich der demokratischen Legitimation zu geben.  
Selbst wenn eine Mehrheit für den Ausstieg abgestimmt hätte,  
hätten die Grünen in der Landesregierung die Volksabstim-  
mung wegen des Quorums für verloren erklärt und die Bahn  
weiterbauen lassen. Das haben Kretschmann und Hermann  
vor der Abstimmung mehrmals ganz klar gesagt. Die Grünen  
haben ihre Positionen nicht für ein besseres Ergebnis bei der  
Volksabstimmung genutzt. Die zugesagten Bedingungen für  
die Volksabstimmung wurden nicht eingefordert: Baustopp,  
vollständige Transparenz über Kosten, Leistungsfähigkeit und  
Risiken. Umweltminister Untersteller erklärte bei einer öffent-  
lichen Veranstaltung auf dem Marktplatz, die Mineralquellen  
seien nicht gefährdet. Trotz nachgewiesenem systematischen  
Betrug beim Stresstest haben Kretschmann und Hermann  
erklärt, die Bahn habe ihn bestanden. In der Woche vor der  
Volksabstimmung erklärte Kretschmann, er werde nach der  
Volksabstimmung das Baurecht der Bahn durchsetzen.

Kein grüner Politiker sagt, dass der Filz aus Bahnvorstand,  
Wirtschaftsbossen und „Tunnelparteien“ die Volksabstimmung  
mit einer millionenschweren, zum Teil durch Veruntreuung von  
Steuergeldern, finanzierten Propagandakampagne von Lug und  
Betrug für sich entschieden hat. Die Grünen feiern den Schwin-  
del Volksabstimmung als „Sieg der Demokratie“.

Der ehemalige Richter Christoph Strecker sagte bei einer  
Demo am Südflügel am 9.1.2012 zu recht: „*Das Ergebnis der*

Volksabstimmung zwingt die Regierung also zu nichts. Wenn sie nun der Bahn bei der Umsetzung ihrer Pläne hilft, dann tut sie das nicht, weil sie muss, sondern weil sie will.“

Seit der Volksabstimmung sind viele Lügen und Versprechungen der Bahn geplatzt, ohne dass die Landesregierung dies öffentlich anprangert.

### Polizeigewalt und Kriminalisierung

Vor der Landtagswahl hatten die Grünen eine neue Untersuchung zur Polizeigewalt am 30.9. und die Absetzung von Oberstaatsanwalt Häußler von den Ermittlungen zum „Schwarzen Donnerstag“ verlangt. Davon ist keine Rede mehr. Stattdessen kommt es zur Durchsetzung der Profiteressen der S-21-Mafia zu den größten Polizeieinsätzen in der Geschichte Baden Württembergs. Der Staatsschutz versucht munter weiter, S-21-GegnerInnen als bezahlte Spitzel anzuwerben. Innenministerium, Polizei und Verfassungsschutz sorgen für eine lückenlose Überwachung des Widerstands. Sogar die Parkgebete werden bespitzelt. Polizei und Justiz schikanieren unter Missachtung bestehender Gesetze S-21-GegnerInnen. Anzeigen gegen die „kriminelle Vereinigung“ Bahnvorstand, gegen Schuster und Konsorten werden erst gar nicht angenommen bzw. früher oder später die Ermittlungen eingestellt. Die Klassenjustiz funktioniert auch unter der grün-roten Landesregierung wie gehabt.

### Unmut gegen Grüne wächst

Bei vielen Aktivisten und ehemaligen Grün-Wählern ist die Stimmung gegenüber den Grünen in abgrundtiefe Enttäuschung und Wut umgeschlagen. „Nie wieder Grün“- und „Kretschmann Weg“-Rufe bei Demos gibt es immer häufiger. Beim offiziellen Neujahrsempfang war Kretschmann erst mit dem Empfang von tausend Stuttgart-21-GegnerInnen konfrontiert, die ihm dem arabischen Vorbild folgend ihre Schuhe zeigten. Hannes Rockenbauch, Sprecher des Aktionsbündnisses erklärte: „Wenn wir ‚oben bleiben‘ gesagt haben, dann haben wir nicht gemeint: ‚Oben bleiben an der Regierung



und das um jeden Preis‘. Sondern da haben wir gemeint, wir wollen diesen Bahnhof nicht! Und dann gilt auch für diese Landesregierung: ‚Ihr werdet uns nicht los, wir euch schon!‘

### Grüne sind prokapitalistische Partei

Hilmar Kopper, früherer Vorstandssprecher der Deutschen Bank, hat 1999 einmal gesagt, er hätte sich vor anderthalb Jahren nicht vorstellen können, dass es unter einer rot-grünen Regierung eine deutsche Beteiligung an einem Krieg im Balkan geben könnte. „Genauso aber kam es. Und es konnte nur von einer rot-grünen Regierung kommen. Sonst hätten wir in diesem Land die Revolution gehabt. Ähnliches gilt wohl für die Veränderung des Sozialstaates. Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt wa-

## Bürgerbegehren zur Rekommunalisierung von Wasser- und Energieversorgung erfolgreich

Vor allem der Hartnäckigkeit und Ausdauer der Aktivisten des Stuttgarter Wasserforums ist es zu verdanken, dass das Bürgerbegehren „Energie- und Wasserversorgung Stuttgart“ am 14. Februar 2012 insgesamt 27.500 Unterschriften übergeben konnte, mit denen ab 1. Januar 2014 die Übernahme der Konzession und des Betriebs der Netze für Wasser, Strom, Gas, Fernwärme durch die Stadt gefordert wird. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine dezentrale, umweltfreundliche und soziale Energieerzeugung. Schuster, Föll und Co. wollen mit den Stadtwerken weiter die EnBW und andere Privatfirmen im Boot behalten, die Profite aus unserer Versorgung ziehen und Kontrolle über sie ausüben. Das dürfen wir nicht zulassen.

Die Stadtwerke dürfen auch nicht nach dem üblichen Modell von städtischen Gesellschaften sein, bei dem hochbezahlte, nicht gewählte Manager die Geschäftsführung übernehmen, Schuster und Föll die Spitze des

Aufsichtsrats stellen und Gemeinderäte die restlichen Aufsichtsratsposten unter sich aufteilen. Die meisten dieser Aufsichtsräte haben keine Ahnung von der Energie- und Wasserversorgung, kassieren aber Aufsichtsratsantiemen.

Wir brauchen die demokratische Verwaltung und Kontrolle der Stadtwerke sowie der Energie- und Wasserversorgung. Wir brauchen die Ideen und die demokratische Entscheidung der Bevölkerung. Die von der Rekommunalisierung betroffenen Kolleginnen und Kollegen der EnBW müssen von den Stadtwerken mit ihren derzeitigen Tarifverträgen übernommen werden. Damit das Bürgerbegehren nicht für unzulässig erklärt wird, muss jetzt Druck aufgebaut werden. Dafür sollten auch die Montagsdemos genutzt werden.

**Weitere Infos zum Bürgerbegehren**  
[www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de](http://www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de)



ren“, so Kopper. Rhetorisch geübt biegen sich Grüne Spitzenpolitiker dabei immer wieder die Wirklichkeit zurecht. Der Afghanistan-Krieg wird dann zur Befreiungsschlacht gegen Frauenunterdrückung erklärt. Privatisierung und anderer neoliberaler Müll wird als Abbau von staatlicher Bürokratie, als Selbstverantwortung und Freiheit verkauft. Und bei Stuttgart verstecken sich die Grünen selbstgefällig hinter dem Koalitionspartner SPD, hinter der Volksabstimmung, hinter geschlossenen Verträgen... Mit der Formel „kritisch begleiten“ kaschieren die Grünen ihren Freibrief an die Bahn fürs Weiterbauen. Kretschmann erklärt, die Landesregierung wolle S 21 plus bauen. Aber die Bahn denkt nicht daran, den Schlichterspruch umzusetzen, und das Verwaltungsgericht hat erklärt, er sei nicht rechtswirksam. Und wo bleibt die angekündigte kritische Begleitung?

Allerdings gibt es jetzt ein großes Problem für die Grünen. Weil die Aktivisten das Schmierentheater der Grünen durchschauen, bekommt die Partei so viel Gegenfeuer, wie noch nie zuvor in ihrer Geschichte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Grünen auf diesen Druck reagieren müssen, zumal im Oktober OB-Wahlen in Stuttgart stattfinden. Es bleibt aber ausgeschlossen, dass sie zurückkehren ins Lager der S-21-Gegner. Ihr Widerstand gegen S 21 ist Geschichte.

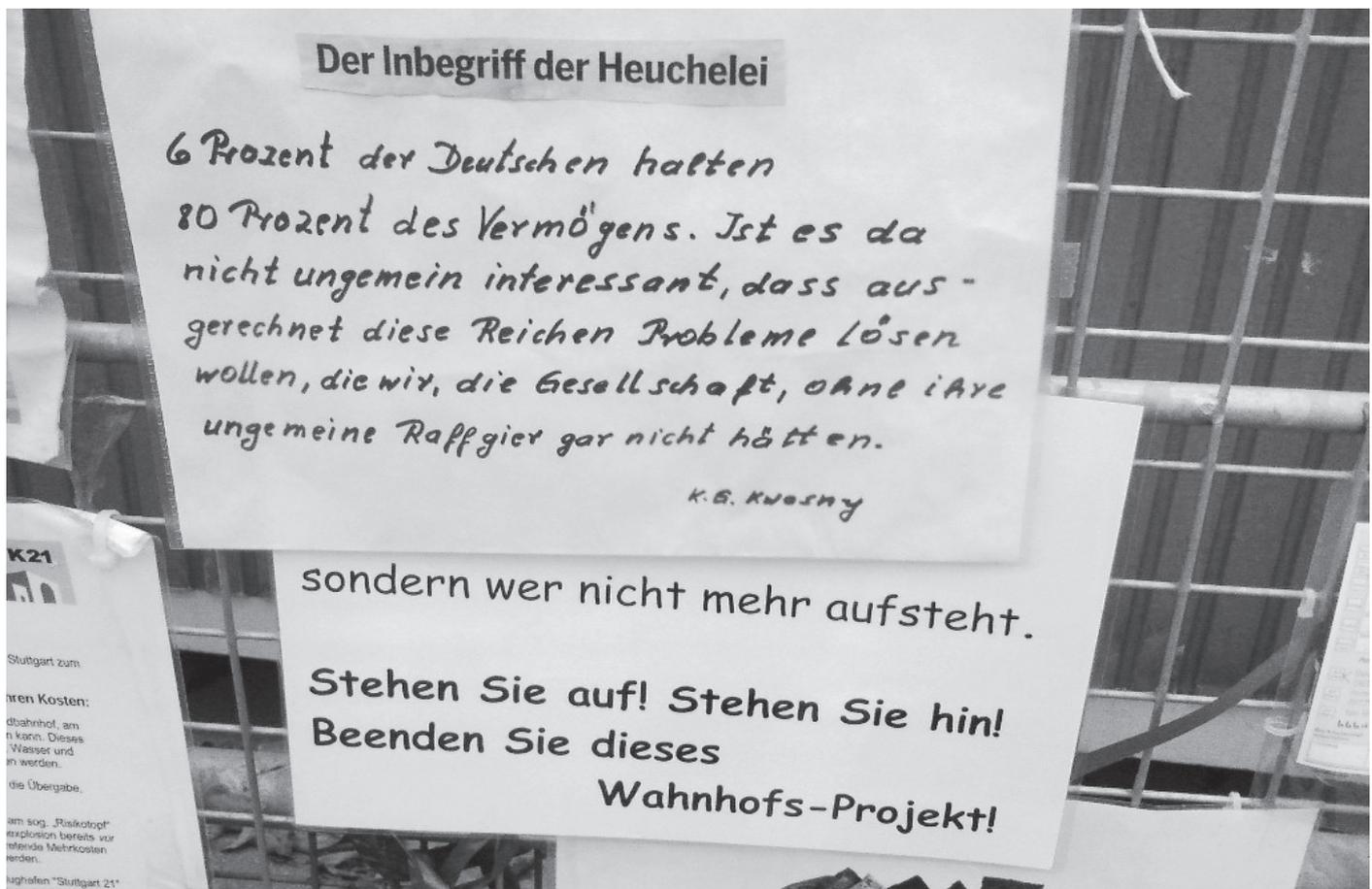
Die Grünen sind nicht bereit, es auf einen Machtkampf mit den wirtschaftlich Mächtigen, die hinter S 21 stehen, ankommen zu lassen. Sie wissen, dass dies dazu führen muss, die Macht des Kapitals über die Regierung und das kapitalistische System insgesamt in Frage zu stellen. Und sie wissen auch, dass ihnen eine Konfrontation mit der S-21-Mafia, die Regierungsbeteiligung und die vielen hoch bezahlten Posten kosten wird. Weil die Grünen selbst Teil des kapitalistischen Systems und seiner bürgerlichen Scheindemokratie sind, gehen sie den anderen Weg. Sie erklären uns plötzlich, dass man aus Stuttgart 21 auch ein gutes Projekt machen könne. Das ist dann auch der Türöffner dafür, die vor der Volksabstimmung zugesagte Begrenzung der Lan-

desmittel auf 930 Millionen irgendwann aufzuheben und weitere hunderte von Millionen Steuergelder sinnlos zu vergraben.

Die Grünen wurden von den außerparlamentarischen Bewegungen in Parlamente und Regierungen gespült. Sie profitieren von den Erfolgen der Friedens-, Anti-AKW- und Anti-S21-Bewegung. Diese Erfolge wurden aber zu einem beachtlichen Teil mit radikalen Kampfmethoden wie Blockaden, Platzbesetzungen und anderen Aktionen des Zivilen Ungehorsams erzielt. Von solchen Widerstandsaktionen haben sich die Grünen längst verabschiedet. Deshalb muss sich auch der außerparlamentarische Widerstand von den Grünen verabschieden.



„Wir werden den Bau von Stuttgart 21 aktiv fördern. Aber wir werden das Projekt auch konstruktiv-kritisch begleiten und die Schwächen beheben, damit es ein gutes Projekt wird.“ Winfried Kretschmann in der Stuttgarter Zeitung am 27.11.2011



## Hinter S 21 steckt System – Kapitalismus

„Stuttgart 21 ist überall“. Dieser Slogan hat eine grundlegende Bedeutung. Die Verfilzung von Wirtschaftsbossen mit korrupten Politikern bestimmt die Verhältnisse. Bei Stuttgart 21 geht es um sehr viel Profit. Stern-Reporter Arno Luik hat bei einer Veranstaltung im Rathaus im April 2011 davon berichtet, dass bei einem Investorentreffen vor der Schlichtung die Rede von insgesamt 50 Milliarden Investitionen im Zusammenhang mit Stuttgart 21 war. Die Bahn ist kein Staatsbetrieb zum Ausbau der Schieneninfrastruktur, sondern ein kapitalistischer Staatsbetrieb zur Bedienung der Profitinteressen des Kapitals. Im Aufsichtsrat der Bahn bestimmen Konzernmanager aus der Auto-, Flugzeug- und anderen Industrien die Politik der Bahn. Für den weiterhin geplanten Börsengang soll die Bahn hochprofitabel gemacht werden. Die Autolobby will noch mehr Verkehr auf die Straße verlagern. Auch der Güterverkehr soll verstärkt über Bundesstraßen und Autobahnen rollen. Giga-Liner mit 25 Meter Länge und 44 bis 60-Tonnen Ladekapazität sollen über unsere Straßen brettern. Bei „Europas größter Baustelle“ Stuttgart 21 werden jede Menge Baufahrzeuge gebraucht.

All das macht den milliardenschweren Rückbau des Kopfbahnhofs auch zu einem Projekt der Autolobby. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass drei der letzten Bahnhofschefs von Daimler kamen. Daimler hat 2011 einen Gewinn von sage und schreibe sechs Milliarden Euro eingesackt. Das reicht Zetsche und Co. noch nicht.

Solange eine kleine Minderheit die Macht über die Wirtschaft, über die Regierungen und den Staatsapparat hat, wird sie diese Macht nutzen, ihre Profitinteressen zu Lasten der Steuerzahler und sozial schwachen Bevölkerung durchzusetzen.

Es ist das kapitalistische System mit seiner Ausbeutung von Mensch und Natur, mit seiner Politik des Teilens und Herrschens, mit Repression, mit staatlichem Rassismus bis hin zur offenen Unterstützung von Neonazis. Der Niedergang des Kapitalismus führt dazu, dass die Verhältnisse immer undemokratischer, korrupter

und brutaler werden, dass es immer mehr Kriege und Umweltkatastrophen gibt. Im Kern geht es darum, dass riesiger privater Reichtum akkumuliert wird. Die Millionäre und Milliardäre suchen für ihr Kapital profitable Anlagen. Und weil die Märkte sich nicht erweitern, muss aus den bestehenden Märkten und durch massive staatliche Umverteilung, durch Privatisierung und Zerstörung von Infrastruktur und Natur noch mehr herausgeholt werden. Deshalb wird spekuliert – mit Aktien, Devisen, Immobilien, Rohstoffen, Nahrungsmitteln oder mit Geldwetten. Deshalb gibt es solche profitträchtigen Wahnsinnsprojekte wie Stuttgart 21 oder die Elbphilharmonie. Deshalb werden die Herrschaftsmethoden im Kapitalismus nicht demokratischer, sondern undemokratischer. Deshalb gehören die S-21-Profiteure enteignet. Die Diktatur der Banken und Konzerne muss beendet werden. Das kapitalistische Elend nimmt kein Ende, es sei denn, wir machen dem Kapitalismus ein Ende.

### Das Kapital regiert

Die Bahn und die S-21-Mafia diktieren der Landesregierung, was sie bei S 21 zu tun und zu lassen hat. Als Kretschmann nach seiner Regierungsübernahme den harmlosen Satz von sich gab, dass weniger und kleinere Autos besser wären, wurde er sofort von den Bossen der Autoindustrie zurückgepfiffen.

Herrenknecht drohte, seinen Firmensitz aus Baden Württemberg wegzuverlegen und das Land auf Schadensersatz zu verklagen, wenn S 21 nicht gebaut wird.

Oskar Lafontaine hat einmal gesagt: „Nicht die Politik, das Kapital regiert.“ Das hat er am eigenen Leib erfahren. Als Finanzminister der Schröderregierung wollte er mit einer Steuerreform Konzerne ein bisschen stärker besteuern. Das ließen sich die Herren in den Chefetagen natürlich nicht gefallen. Daimler drohte in einem Brief an Schröder mit der Verlegung des Firmensitzes nach Detroit. Andere Konzerne schoben Drohungen mit Standortschließung

gen und Massentlassungen hinterher. De facto haben die Spitzen der Arbeitgeberverbände und Konzernchefs die Wahlversprechen der SPD gekippt und Lafontaine zum Rücktritt gezwungen.

Ein anderes Beispiel ist die linke Regierung unter Mitterrand in Frankreich, Anfang der 80er Jahre. Sie war auf der Grundlage eines radikalen Reformprogramms (Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Verstaatlichung, höhere Löhne und Renten, Sozialreformen) mit absoluter Mehrheit gewählt worden. Hunderttausende feierten den Wahlsieg auf den Straßen. Mit einem Investitionsstreik und Kapitalflucht sabotierten die Unternehmer die Regierung. Anstatt die Unternehmer zu entmachten, kapitulierte die Regierung Mitterrand vor ihnen.

### Sind politische Parteien Teil des Problems?

Viele Stuttgart-21-GegnerInnen ziehen aus ihrer Enttäuschung über die Grünen die Schlussfolgerung, dass Parteien generell von Übel sind. Diese Haltung ist weit verbreitet. Meinungsumfragen zeigen immer wieder das geringe Vertrauen in Parteien. Und bei den „Occupy“-Bewegungen im letzten Jahr gab es in verschiedenen Ländern eine ausgeprägte Parteienablehnung. Angesichts der Politik der etablierten Parteien ist das völlig berechtigt. Aber müssen Parteien so sein?

In der Schule lernen wir, dass Parteien vor allem bei Wahlen kandidieren, an der „politischen Willensbildung“ mitwirken (um gewählt zu werden) und im Falle eines Wahlerfolgs regieren wollen. Das höchste der Gefühle ist, dass Parteien das Sprachrohr außerparlamentarischer Bewegungen im Parlament sein können (wie es die SPD einmal für die Arbeiterbewegung war und die Grünen für die Anti-AKW- und Ökologiebewegung). Im Unterschied dazu sollen zum Beispiel Gewerkschaften dafür zuständig sein, sich für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Und wer ist in dieser Arbeitsteilung dafür zuständig, die herrschenden Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen? Niemand.

Unser Verständnis von Parteien ist völlig anders. In jeder Massenbewegung kommen Differenzen über Ziele, Strategie und Taktik auf. In der Bewegung gegen Stuttgart 21 gab es Leute, die auf Schlichtung, einen Wahlsieg der Grünen, Stresstest und Volksabstimmung gesetzt haben. Andere (einschließlich uns) haben auf eine Fortsetzung und Steigerung des Widerstands auf der Straße mit Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen und möglichst Streiks gesetzt. Für Teile der Bewegung geht es nur um einen Bahnhof und Tunnel, andere wollen Stuttgart 21 mit anderen Themen (wie der Rekommunalisierung der Energieversorgung, Arbeitskämpfen, dem Kampf gegen Bildungs- und Sozialkürzungen) und anderen Kämpfen gegen unsinnige Großprojekte in Deutschland und international verbinden. Deshalb brauchen wir nicht nur breite Strukturen für die ganze Bewegung, sondern es macht Sinn, wenn sich innerhalb einer Bewegung diejenigen zusammenschließen, die ein gemeinsames Verständnis für die Aufgaben der Bewegung haben, um innerhalb der Bewegung wirksamer für ihre Vorstellungen werben zu können.

Da wir der Ansicht sind, dass es den Kampf gegen Stuttgart 21 stärkt, wenn er sich mit gewerkschaftlichen Kämpfen, sozialen und Bildungsprotesten, dem Kampf gegen ACTA oder gegen Neonazis und ähnlichen Kämpfen national und international verbindet, sind wir dafür, dass sich Gleichgesinnte nicht nur in der Bewegung gegen Stuttgart 21 sondern darüber hinaus verbinden. Denn die Frage, ob man an die Einsicht der Herrschenden appelliert oder Widerstand gegen sie organisiert, ob man über den eigenen Tellerrand hinausschaut und erkennt, dass wir dauernd mit den gleichen Gegnern und Profitinteressen zu tun haben, stellt sich nicht nur im Kampf gegen Stuttgart 21. Deshalb ist ein Zusammenschluss der AktivistInnen in den verschiedenen Bewegungen und Kämpfen, die für entschlossenen Widerstand gegen die



Herrschenden eintreten, die die Systemfrage stellen, ein enormer Schritt vorwärts. Diesen Fortschritt, diesen totalen Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, hat die SPD bis zum Ersten Weltkrieg verkörpert. Sie gab den unterdrückten und ausgebeuteten Massen die Gewissheit, dass der Kapitalismus abgeschafft und durch eine bessere Gesellschaft, eine sozialistische Gesellschaft abgelöst werden kann und wird. Das gab den ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen, den Frauen und der Jugend die Kraft, entschlossen gegen den Kapitalismus zu kämpfen und den Unternehmern und bürgerlichen Regierungen viele Zugeständnisse abzurufen. Weder die brutale staatliche Repression noch das Verbot der SPD durch die Sozialistengesetze (1878 – 1890) schaffte es, die sozialistischen Ideen und die SPD zu schwächen. Im Gegenteil. Ihre Verankerung wurde immer größer. Um die Jahrhundertwende brachte die SPD 90 Tageszeitungen heraus, die insgesamt 1,4 Millionen Abonnenten hatten. Das waren wichtige Waffen gegen die bürgerliche Propaganda, von denen wir heute nur träumen können. Die historische Leistung der SPD vor dem Ersten Weltkrieg, ihre Rolle in der Begründung der Arbeiterbewegung, ist letztlich der Hauptgrund, weshalb die SPD auch heute noch relativ viele Wählerstimmen in der arbeitenden Bevölkerung bekommt. Viel betrachten sie immer noch als Arbeiterpartei, obwohl sie längst eine kapitalistisch ausgerichtete Unternehmerpartei ist. Die Verbürgerlichung der SPD erklärt sich dadurch, dass sich der wachsende Apparat von Funktionären und Parlamentsabgeordneten verselbstständigte. Sie genossen Privilegien, die dazu führten, dass sie im Kapitalismus ein angenehmes Leben führten. Der lange Wirtschaftsaufschwung Ende des 19. Jahrhunderts half ihnen, die Idee der sozialistischen Revolution in Frage zu stellen. Beginnend mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten schlug sich die SPD-Führung in jeder Systemkrise auf die Seite der herrschenden Klasse und gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Wähler.

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und andere MarxistInnen haben gegen die Verbürgerlichung der SPD angekämpft. Sie wurden ermordet. Ihre Ideen sind aber aktueller denn je. Deshalb geht es nicht darum, Parteien generell abzulehnen, sondern mit den Ideen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eine sozialistische Partei aufzubauen.

### Ist die Linke eine Alternative?

Immer wieder hört man von S-21-Gegnern: „Die Linke will doch auch nur an die Regierung. Und wenn sie dran ist, macht sie genau das Gleiche wie die Grünen“. Diese Aussage trifft für Teile der Linken zu. Die Regierungsbeteiligung in Berlin und aktuell in Brandenburg hat das gezeigt. Aber in der Linken sind auch viele KämpferInnen, die eine entschlossen antikapitalistische Einstellung haben. Das ist der eigentliche Grund, weshalb die Linke vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

In ihrem neuen Grundsatzprogramm erteilt die Linke dem Kapitalismus eine klare Absage. Im Bundestag ist die Linke die einzige Partei, die den Rückzug aller Soldaten aus Afghanistan fordert. Die Bundestagsfraktion der Linken war die einzige Par-

tei, die den Euro-Rettungsschirm für die Banken abgelehnt hat. Linken-VertreterInnen wie Lafontaine helfen, mit sozialistischer Rhetorik sozialistische Ideen wieder in die Diskussion zu bringen oder die Idee von Generalstreiks zu popularisieren. Die Partei schwankt jedoch zwischen antikapitalistischer Rhetorik und Opposition auf der einen Seite und ideologischer Anbiederung an die Marktwirtschaft auf der anderen Seite. Es ist gut, wenn die Linke das Parlament zur Verbreitung ihrer Ideen nutzt. Aber zu selten werden Reden im Parlament genutzt, um die Regierung und das dahinter stehende kapitalistische System knallhart anzugreifen. Statt den Großteil ihrer Kraft auf den Aufbau von außerparlamentarischer Bewegung, den Aufbau einer linken Opposition in den Gewerkschaften und die Selbstorganisation und organisierte Gegenwehr von Betroffenen zu legen, ist sie zu sehr auf Wahlkämpfe und Parlamentarismus fixiert und teilweise auf Koalitionsregierung mit SPD und Grünen aus. Regierungsbeteiligungen mit diesen Parteien enden aber, wie sich in Berlin gezeigt hat, in Niederlagen für die Bevölkerung und die Linke. Es ist gut, wenn linke Abgeordnete Anfragen zu S 21 im Bundestag einbringen. Noch wichtiger ist es aber, dass sich Parlamentsabgeordnete direkt an Demonstrationen, Blockaden und Besetzungen beteiligen.

Die SAV betrachtet die Linke derzeit als einzigen Ansatz für den Aufbau einer breiten, bundesweiten antikapitalistischen Partei. Um zu verhindern, dass die Partei dort landet wo SPD und Grüne längst angekommen sind, baut die SAV einen marxistischen Flügel in der Linken auf und arbeitet mit anderen linken Kräften daran, dass die Linke kämpferisch und antikapitalistisch wird. Wir laden alle S-21-GegnerInnen, die die Notwendigkeit einer neuen linken politischen Interessenvertretung erkannt haben, ein, uns dabei zu unterstützen.

### Aufhören eine regierte Masse zu sein

Das vielleicht wichtigste und bleibende Ergebnis des Widerstands gegen Stuttgart 21 besteht in der Erkenntnis, dass die da oben lügen, keine Ahnung haben und wir das alles besser machen könnten. Daraus schöpft die Bewegung ihr Selbstbewusstsein für ihre politische Selbstermächtigung, von der immer wieder gesprochen wird. Die Montagsdemos waren – wie Gangolf Stocker es einmal sagte – eine Volkshochschule, mit denen tausende Menschen zu Experten in vielen Fragen von Bahntechnik, Architektur, Geologie, Biologie wurden. Aber unser Wissen und unsere Interessen werden vom Bahnvorstand und den Tunnelparteien ignoriert. Besonders deutlich wurde dies bei der Schlichtung. Es zeigte sich, dass die Bahn in 15 Jahren Planungszeit 500 Millionen Euro verbraten hatte, aber noch nicht mal einen funktionsfähigen Bahnhof vorweisen konnte. Dagegen hatten die S-21-Gegner in wenigen Jahren allein durch ehrenamtliche Arbeit mit K 21 ein kostengünstiges gut funktionierendes Betriebskonzept entwickelt. Und Klaus Arnoldi erklärte in seinem Schlussplädoyer bei der Schlichtung, dass die Stuttgarter ihren Bahnhof besser kennen würden als der Vorstand der Bahn. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass Grube, Kefer und Co. entlassen, der Aufsichtsrat aufgelöst und die Bahn von unten bis oben demokratisch verwaltet und kontrolliert werden muss. Dafür müssen auf allen Ebenen demokratisch gewählte Gremien aus Bahnbeschäftigten, Bahnnutzern sowie VertreterInnen von Umwelt- und Verkehrsinitiativen wie BUND, VCD und Pro Bahn die Verwaltung der Bahn übernehmen und sie im Interesse von Beschäftigten, BahnfahrerInnen und Umwelt umorganisieren. Mit unserem Widerstand können wir S 21 verhindern, aber wir können die Bahn nicht zwingen, K21 oder ein ähnliches Modell umzusetzen.

Unser neu gewonnenes Wissen, unsere gelebte Solidarität, die Toleranz, die Selbstorganisation der Bewegung hat auch das Selbstbewusstsein geschaffen fürs Selbstregieren. Und das ist ein



enormer Fortschritt, weil sie das kapitalistische System, die parlamentarische Schmarotzer- und Scheindemokratie in Frage stellt. „Unsere Bewegung ist doch so was wie die Vorwegnahme einer neuen Gesellschaft“ sagte einmal eine Aktivistin bei einer Blockade am Südfügel. „wir brauchen Menschen, die regieren – keine Politiker“ so stand es mal auf einem Plakat bei einer Demo. In der Stadt.Plan 1/2012 schreibt die Redaktion: „Wir aber haben Ideen und Alternativen. Wir wollen Kooperation statt Konkurrenz unter allen. Wir teilen eine gemeinsame Vision einer solidarischen und ökologischen Entwicklung unserer Stadt und unseres Landes, die allen Menschen nutzt und unserer Erde nicht schadet. Wir erwarten von einer Demokratie mehr als abstimmen oder wählen zu dürfen. Wir träumen von einer Zukunft, die mit den Menschen in einem Lernprozess entwickelt wird, statt gegen sie.... Wir haben nur noch Verachtung für diese kapitalistischen Eliten, die global die Existenz der Welt gefährden und als lokale Provinzpolitiker wie Marionetten desselben Kapitalismus funktionieren.“

### Diktatur der Banken und Konzerne beenden

Die SAV ist der Meinung, dass eine solche Gesellschaft keine Utopie ist. Marx, Engels, Rosa Luxemburg u.a. haben die Vision einer sozialistischen Gesellschaft entwickelt. Rosa Luxemburg erklärte: „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt.“

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt produziert und gehandelt wird. In Schulen, Betrieben, Stadtteilen, in allen Bereichen gibt es demokratisch gewählte und jederzeit abwählbare Räte als Selbstverwaltungsorgane.

Die November-Revolution in Deutschland hat den Stuttgartern nicht nur den Schlossgarten übereignet. Sie hat Kaiser und Könige davongejagt und Räte als Organe der Selbstregierung geschaffen. Wären sie nicht durch einen grausamen Bürgerkrieg von reaktionären Militärs niedergeschlagen worden, hätten sie sich als Träger einer sozialistischen Demokratie etablieren können. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag die politische Macht in Stuttgart in den Händen der sogenannten Kampfkomitees bzw. Arbeitsausschüsse – vergleichbar den Räten nach der Novemberrevolution. Sie führten die Entnazifizierung in den Betrieben durch, sie organisierten das öffentliche Leben. Sie beschlagnahmten Häuser von Reichen, um Wohnungslose unterzubringen. Sie organisierten Aufräumarbeiten. Sie stellten Holzfällertrupps zusammen und verschonten die Bäume im Schlossgarten. Sie beschlagnahmten

Heeresgüter und requirierten bei Daimler LKWs für gesellschaftlich notwendige Transporte. Oberbürgermeister Klett musste 1946 offen zugeben: „Nach dem Zusammenbruch und in der ersten Zeit der militärischen Besetzung lag die Exekutive praktisch in den Händen der Arbeitsausschüsse.“ Die führenden Leute waren alle Kämpfer aus der Arbeiterbewegung, die KZs und Krieg überlebt hatten. An der Spitze des Untertürkheimer Arbeitsausschusses stand zum Beispiel Willi Bleicher. Sitz des Zentralen Stuttgarter Arbeitsausschusses war das Volkshaus in Gablenberg. Aus verschiedenen Gründen entglitt den Arbeitsausschüssen die Kontrolle wieder. Aber diese Arbeitsausschüsse und die Antifa-Ausschüsse, die überall aus dem Boden schossen, hatten das Potenzial, Träger einer demokratisch sozialistischen Gesellschaft zu werden.

Die ökonomische Macht des Kapitals muss gebrochen werden. Das geht nicht mit einer Regierung, die den Kapitalismus akzeptiert. Wir brauchen eine Regierung, die sich nicht auf die völlig undemokratischen prokapitalistischen staatlichen Strukturen, die bürgerlichen Staatsanwälte, den bürgerlichen Polizeiparapparat und bürgerliche Ideologen stützt. Eine Regierung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung braucht eine Stütze in der Selbstorganisation und politischen Selbstermächtigung der Bevölkerung. Und diese Selbstorganisation besteht in klassenkämpferischen Gewerkschaften und Betriebsgruppen, in Schüler- und Studierendenkomitees, in Organisationen von außerparlamentarischen Bewegungen wie zum Beispiel dem Widerstand gegen S 21, in der Anti-AKW- und Antifa-Bewegung, in Umwelt-, Bürger-, Mieter und anderen Initiativen. Aus der Vernetzung solcher Gruppen von Selbstorganisation könnte eine Leitung gewählt werden, die sich zur Regierung erklärt und gestützt auf ihre Verankerung, durch Massenmobilisierung und einen Generalstreik die bestehenden Regierungen entmachtet. Diese Regierung könnte dann Banken und Konzerne in Gemeineigentum überführen, das ganze Lügenpack aus Politik und Wirtschaft (ohne Ehrensold) entlassen und die Verwaltung und Kontrolle von Betrieben, Branchen, Schulen, Unis, Stadtteilen, Städten, Regionen, Bundesländern durch demokratische Selbstverwaltungsorgane (Räte) organisieren.

Gewählte VertreterInnen in Räten dürfen nur einen Durchschnittslohn verdienen und keinerlei Privilegien genießen, damit sie sich nicht abheben oder sich wegen persönlicher Vorteile in solche Positionen wählen lassen. In einer sozialistischen Gesellschaft in der die Arbeit auf alle aufgeteilt würde, könnte die wöchentliche Arbeitszeit bei gleichen bzw. schnell verbesserten Lebensbedingungen auf 20 Wochenstunden und weniger reduziert werden. Die Menschen hätten nicht nur Zeit, sich am Selbstregieren zu beteiligen, sondern hätten Zeit, ihre ganze Kreativität, ihre Ideen, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Die Explosion von Kreativität und Fähigkeiten im Widerstand gegen Stuttgart 21 gibt uns einen kleinen Vorgeschmack, was in einer sozialistischen Gesellschaft möglich wäre. Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn die kapitalistische Elite und ihre korrupten Politiker durch eine Revolution entmacht werden. Banken und Konzerne würden in Gemeineigentum überführt werden, die Manager, Politiker, die Spitzen in Justiz, Polizei und Armee entmacht werden. Wirtschaft und Gesellschaft würden direkt demokratisch verwaltet und kontrolliert werden.

**Ist der Sozialismus gescheitert?**

„Sozialismus ist eine gute Idee. Aber die DDR hat ja gezeigt, dass das nicht funktioniert“, hören wir immer wieder. Die DDR und die Sowjetunion haben sich zwar als sozialistisch bezeichnet. Sie waren es aber nicht. Bisher ist kein Land der Welt sozialistisch gewesen. Allenfalls gab es Staaten, in denen das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft war. Staatseigentum über die wichtigsten Betriebe und über Banken ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Sozialismus. Wenn eine kleine

www.sozialismustage.de

# Sozialismus Tage 2012

Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten über eine Alternative zum Kapitalismus

6. bis 8. April 2012  
Jugendkulturzentrum Pumpe  
Lützowstraße 42, 10785 Berlin  
U Nollendorfpark

Auftaktveranstaltung am 6. April um 19<sup>00</sup> Uhr:  
#occupy capitalism - Eine sozialistische Welt ist möglich  
u.a. mit Clare Daly, sozialistische Abgeordnete aus Irland, Brett Hoven, USA und Elena Volkova, Aktivistin aus Moskau

7. April um 18<sup>00</sup> Uhr  
Nazis stoppen! Vom Kampf gegen Faschisten damals und heute  
u.a. mit Theodor Bergmann, antifaschistischer Widerstandskämpfer

Abschlussveranstaltung am 7. April um 13<sup>00</sup> Uhr  
Arabischer Frühling: Die entführte Revolution?  
mit einem Sozialisten aus Tunesien und weiteren RednerInnen

7. April ab 21<sup>00</sup> Uhr  
Konzert und Party  
u.a. mit Holger Burner, HipHop aus Hamburg  
Ort unter www.sozialismustage.de

Unter anderem mit: **Erasmus Schöfer**, Schriftsteller **Sebastian Rave**, Landesvorstand LINKE Bremen **Lucy Redler**, SAV-Bundessprecherin **Winfried Wolf**, Ökonom **Sascha Stanicic**, SAV-Bundessprecher **Christine Thomas**, frauenpolitische Autorin aus Italien **Alexandra Arnsburg**, ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg **Sandra Beyer**, Landesarbeitsgemeinschaft LISA, LINKE Berlin **Steffen Punt**, ver.di Betriebsgruppenvorsitzender CFM  
(Alle Angaben dienen nur der Kennzeichnung der Person)

**Hinkommen – Mitreden – Aktiv werden!**  
Jetzt anmelden auf [www.sozialismustage.de](http://www.sozialismustage.de) oder unter **030/24723802**

V.i.S.d.P.: H.Ditge, c/o SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

**SAV Sozialistische Alternative**  
[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info) [info@sozialismus.info](mailto:info@sozialismus.info)

Elite von Parteifunktionären mittels eines aufgeblähten repressiven Staatsapparats und mit Stasimethoden eine Diktatur errichtet und einhergehend damit Mangel- und Misswirtschaft mit den gesellschaftlichen Ressourcen betreibt, kann von Sozialismus keine Rede sein. Die herrschende Bürokratie von Stalin bis Honecker verteidigte die Staatswirtschaft nicht aus sozialistischer Überzeugung, sondern weil sie die Quelle ihrer Macht und ihrer Privilegien war. Sie nutzte das Etikett Sozialismus um ihre Diktatur zu legitimieren. Damit wurde der Sozialismus diskreditiert. Es geht darum, den Sozialismus wieder zu dem zu machen, was er ursprünglich war: eine wissenschaftliche antikapitalistische Befreiungslehre, eine menschliche Alternative zum unmenschlichen Profitsystem.

Bei vernünftigem umwelt- und ressourcenschonendem Einsatz von Produktionsmitteln, Maschinen, Arbeitskraft, Technik, Wissenschaft könnten heute alle Menschen auf der Welt alles haben, was sie für ein gutes Leben brauchen. Dazu gehört nicht nur ausreichend gutes Essen, ein Dach über dem Kopf, Arbeit, sondern auch Wertschätzung, Respekt im Umgang miteinander, Zufriedenheit, Glück...

**Diskussionsveranstaltung**

**Über den Inhalt dieses Falblattes möchten wir mit allen Interessierten diskutieren**

**Donnerstag, 22. März**  
**19 Uhr, Spreuergasse 45**  
**(Eingang Finstermünzgasse)**

## Unser Programm gegen Stuttgart 21

- Nein zu Stuttgart 21 einschließlich der Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen-Ulm.
- Die Gäubahn muss bleiben und ausgebaut werden.
- Verwendung der 14 Milliarden Euro, die dafür sinnlos vergraben werden, für den sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, bezahlbare Wohnungen.
- Nein zum Börsengang und zur Privatisierung der Bahn. Die Gewinne der Bahn müssen für den Ausbau des Streckennetzes, für Fahrpreissenkungen, für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen der Bahnbeschäftigten verwendet werden.
- Entlassung von Grube und allen anderen Bahnvorständen und Aufsichtsräten. Demokratische Verwaltung der Bahn durch gewählte VertreterInnen der Beschäftigten, der Bahngewerkschaften, Organisationen wie „Bahn von unten“, „Pro Bahn“, Verkehrsclub Deutschland VCD, BUND sowie regionalen Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen wie zum Beispiel die Bewegung gegen Stuttgart 21 oder die Bürgerinitiative Rheintalbahn. Diese gewählten VertreterInnen sollten nicht mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Bahnbeschäftigten und jederzeit abwählbar sein.
- Entlassung der Chefs und Aufsichtsräte der SSB/VVS und demokratische Verwaltung des Nahverkehrs durch demokratisch gewählte Beschäftigte und Nutzer.
- Ausbau des S-Bahn-Netzes und des gesamten öffentlichen Nahverkehrs. Enge Koordination und Vertaktung zwischen kommunalen Verkehrsbetrieben und Bahn.
- Nulltarif im gesamten VVS.
- Die Stadt gehört uns. Schluss mit Immobilienspekulation, Kommerz, Prestigebauten, Bürobunkern und Betonwüsten. Für eine demokratische Stadtplanung im Interesse und unter der Kontrolle der hier lebenden und arbeitenden Menschen. Dafür muss in allen Stadtteilen und stadtweit eine Bürgerbeteiligung mit Entscheidungs- und Kontrollbefugnis erfolgen.
- Diktatur der Banken und Konzerne beenden. Überführung aller Banken und Konzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. Umstellung der Autoindustrie auf die Produktion eines umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssystems und andere gesellschaftlich sinnvolle Technologien.
- Für eine geplante Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung und der Umwelt orientiert und nicht am Profitinteresse einer Minderheit.

## Wer wir sind und was wir wollen

Die SAV ist eine revolutionär sozialistische Organisation und bildet in der Partei DIE LINKE einen marxistischen Flügel.

Für uns ist das Projekt S 21 kein Ausrutscher des Kapitalismus. S 21 ist ein Beispiel wie Kapitalismus funktioniert.

Einzig und allein die Profitinteressen von Banken, Immobilienhaien und Konzernen zählen. Die Politiker der S21-Parteien sind durch und durch korrupt.

Die SAV Stuttgart war von Anfang an aktiv gegen Stuttgart 21. Wir setzen uns in der Linken dafür ein, dass die Partei sich aktiv am Aufbau des Widerstands gegen S 21 beteiligt. SAV-Mitglieder haben den Aufbau der „Jugendoffensive gegen S 21“ mitinitiiert. Andere sind aktiv im Aktionskreis „Cannstatter gegen Stuttgart 21“, in der Blockadegruppe oder im AK „Stuttgart 21 ist überall“.

Für uns ist der Kampf gegen S 21 Teil des Kampfes gegen das Profitsystem. Auf der Grundlage des Ka-

pitalismus kommen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung immer mehr unter die Räder. Deshalb muss der Kampf gegen S 21, der Kampf gegen die Angriffe des Kapitals und für Verbesserungen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, organisiert durch Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen.

In der DDR gab es keinen Sozialismus, sondern eine Diktatur einer kleinen Minderheit von Staatsfunktionären.

Kapitalismus herrscht global. Deshalb muss der Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus international geführt werden. Die SAV ist dafür mit mehr als 45 Organisationen und Parteien auf allen Kontinenten im Komitee für den Aufbau einer Arbeiterinternationale (CWI) zusammengeschlossen.

Werdet Mitglied in der SAV und im CWI.



**SAV Sozialistische Alternative**

Mehr Infos & Kontakt unter:

[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de) • [stuttgart@sav-online.de](mailto:stuttgart@sav-online.de)

V.i.S.d.P: Ursel Beck, Terrotstr. 33, 70374 Stuttgart